



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Ersteinstücklich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Leber- und Versammlungsanzeigen bis Seite 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Für die Woche vom 14. bis 20. Dezember ist die Beitragsmarke in das mit 31 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Nach dem Beschluß der Gauleitertagung vom 7. Dezember d. J. wird der

7. Ordentliche Verbandstag

im Juni 1920 zu Frankfurt a. M. abgehalten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. Bucher, 1. Vorsitzender.

Zum Reichstarih.

II.

Es war schon vor Beginn der Verhandlungen zu dem geplanten Reichstarih für jeden Angehörigen unseres Verbandes klar, daß mit den Festlegungen über die Lohnhöhe der Hilfsarbeiter der Erfolg der Beratungen und damit der Tarif selbst steht und fällt. Alle Versuche der Prinzipale, hierbei ein Geschäft zu machen, müssen an der Haltung unserer Verhandlungsleiter. Zur Stunde kann noch nicht gesagt werden, ob eine Einigung oder Verständigung mit unsern Brotgebern erzielt werden kann, da die Verhandlungen nicht zu Ende gebracht sind, es muß jedoch betont werden, daß auf unserer Seite der ernste Wille vorhanden ist, zu einer für unsere Mitglieder befriedigenden Lösung der schwierigen Aufgabe zu gelangen. Es darf auch angenommen werden, daß die Gegenseite unsern berechtigten Forderungen Verständnis entgegenbringt und ebenfalls wie wir versucht, einen wenn auch nicht allseitig befriedigenden, doch im Hinblick auf die bestehende wirtschaftliche Lage im Gewerbe notwendigen Ausgleich zu finden.

Wir hatten schon in der letzten Nummer der „Solidarität“ klar gelegt, daß der Wochenlohn des Hilfsarbeiters durchaus abhängig ist von der Entlohnung eines Buchdruckers, dessen tariflicher Mindestlohn im Buchdruckertarif, nach Alter und Dauer seiner beruflichen Tätigkeit, zum Teil auch unter Rücksichtnahme auf seine Familienverhältnisse und damit persönliche Verpflichtungen gestaffelt genau festgelegt ist. Die Löhne unserer Kollegen und Kolleginnen müßten in einem bestimmten Abstand zu diesen für die Gehilfen geltenden tariflichen Festlegungen stehen, der nach dem Wert der Arbeit eines Hilfsarbeiters zahlenmäßig genau anzugehen wäre. Meinungsverschiedenheiten wird es dabei nur, wie kaum anders zu erwarten ist, über die Höhe des Abstandes geben. Grundlegend aber für die Festsetzung eines Hilfsarbeiterlohnes werden eben die bestehenden Verhältnisse in den einzelnen Druckorten sein. Dabei darf nicht vergessen werden, daß mancherorts Löhne gezahlt werden, die dem Wert der Arbeit eines Hilfsarbeiters in keiner Weise entsprechen. Wir wollen die Schuld dafür nicht den betreffenden Prinzipalen allein zuschieben, obwohl sie in der Lage gewesen wären und auch die Verpflichtung gehabt hätten, jeden Arbeiter seinen Leistungen entsprechend zu entlohnen. Schuld an

ihrer traurigen Lage haben zu demselben Teil unsere Kollegen und Kolleginnen auch. Sie empfanden täglich, wie schwer es für sie war, sich mit ihrem Lohn durchs Leben zu bringen, und doch haben sie nicht rechtzeitig wie ihre Arbeitsbrüder in anderen Orten versucht, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Erst nach der Revolution kam ihnen die Erkenntnis und oft auch erst der Mut, Schutz und Hilfe des Verbandes anzurufen. Was für sie getan werden konnte, wurde getan. Die Erfolge waren meist sehr bedeutend, und in Zahlen ausgedrückt betrug die Zulagen nicht selten mehr als das Doppelte ihres bisherigen Einkommens, konnten aber trotzdem nicht die Löhne erreichen, die sie unbedingt verdienten und die in anderen Druckstädten schon lange gezahlt wurden. Sollen also die bestehenden Verhältnisse als Grundlage für den tariflichen Mindestlohn angenommen werden, so kann es sich nicht darum handeln, jene geschichteten traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren. Es muß im Gegenteil Aufgabe nicht nur unserer Verhandler sein, diese auch gesamte Gewerbe schädigenden Erscheinungen zu beseitigen. Zur Ehre unserer Mitglieder und Prinzipale sei zugegeben, daß diese miserablen Löhne nur dort gezahlt werden und wurden, wo der beiderseitige organisatorische Einfluß gar nicht oder gering ist und war.

Im Buchdruckertarif sind bekanntlich die Lohnsätze gestaffelt und in verschiedenen Lohnklassen angegeben. Der Vollarbeiter erhält die höchste Entlohnung. Für die Hilfsarbeiter können unseres Erachtens diese Lohnstufen nicht im vollen Umfang Anwendung finden. Der Gehilfe bedarf zur völligen Ausbildung nicht nur einer mehrjährigen Lehrzeit, er hat auch als Ausgelernter an seiner beruflichen Fertigkeit noch einige Jahre der Ausbildung nötig, um als Vollarbeiter zu gelten. Auch für die Hilfsarbeiter wird auf bestimmte berufliche Kenntnisse gesehen. Auch er hat den Nachweis dafür zu erbringen. Keinem Prinzipal wird es einfallen, einen vereinbarten Lohn für Arbeiter zu zahlen, der nicht in den Berechtigungen eines Buchdruckereihilfsarbeiters geübt ist und den er etwa anerkennen muß. Aber um als geübter Arbeiter zu gelten, wird er niemals eine mehrjährige berufliche Tätigkeit notwendig haben und darum ist allgemein die Dauer seiner Ausbildung auf ein Jahr festgesetzt. Nach dieser Zeit wird er, von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen, als vollwertiger Arbeiter gelten können. Leistet er aber für den Unternehmer die von ihm verlangte Arbeit im vollen Maße, so hat er auch auf entsprechende Entlohnung Anrecht. Dabei steht sein Lebensalter außer Betracht. Ein junger Kollege von 19 Jahren braucht, wenn genannte Voraussetzungen erfüllt sind, in seiner Arbeitsleistung hinter dem älteren Mitarbeiter von 30 Jahren nicht zurückstehen. Soll er deshalb, weil er jünger ist, niedriger entlohnt werden? Maßgebend kann für den Unternehmer immer nur die Leistung sein, nach der der Lohn bemessen wird. Oft wird der Einwand erhoben, der jüngere Arbeiter habe geringere wirtschaftliche Verpflichtungen und ist nicht zu den Ausgaben eines älteren Arbeiters gezwungen. Das stimmt wohl. Aber will der Prinzipal die Ent-

lohnung seiner Arbeiter nach den persönlichen Verhältnissen vornehmen, so muß er eben den selbständigen und verheirateten Arbeitern höhere Zugeständnisse machen. Keinesfalls aber können wir zugeben, daß er aus dem Altersunterschied seiner Hilfsarbeiter ein Geschäft macht. Wenn wir bei unsern Unternehmern soziales Verständnis voraussetzen dürfen — und das sollte man eigentlich —, so würde sich auch bei der verschiedenen Auffassung über Lohnstufen ein Ausweg finden lassen, indem der Teil, der dem jüngeren Kollegen vom Lohn in Abzug gebracht werden soll, dem älteren zugelegt wird. Unsere Mitglieder haben Verständnis für die wirtschaftliche Lage ihrer Mitarbeiter und neigen es ihren Kollegen nicht, daß sie mehr verdienen, weil sie für Familie und Hausstand hohe Ausgaben haben.

Dieser Ausgleich könnte jedoch nur bei männlichen Hilfsarbeitern vorgekommen werden. Bei den Kolleginnen fallen die Gründe, die zu einer Lohnstaffelung führen können, überhaupt fort. Auch darüber wird noch einiges zu sagen sein.

Der Verbandstag der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe

fand in den Tagen vom 19. bis 25. November in Magdeburg statt. Anwesend waren 54 Delegierte, fünf Vorstandsvertreter, der Vorsitzende des Zentralausschusses, der Redakteur, die Gauleiter des Verbandes, die Zentralkommissionsvorsitzenden, einige Branchenvertreter und die Vertreter der Tarifämter. Außerdem nahmen an den Verhandlungen Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes und der Verbände der deutschen Buchdrucker, Buchbinder und unseres Verbandes teil. Die Bruderorganisationen von Holland und Schweden hatten als Vertreter ihre Vorstände entsandt. Von der Schweiz und von Oesterreich war diesmal wegen der Verkehrsschwierigkeiten niemand erschienen.

Die Geschäftsberichte des Verbandsvorstandes, des Zentralausschusses, der Redaktion und der Preßkommission lagen in einem Buche von 141 Seiten gedruckt vor. In diesem wird die Stellung des Verbandsvorstandes zur Kriegspolitik der Gewerkschaften, die Kriegsmassnahmen, die Massnahmen für die Uebergangswirtschaft, die Tätigkeit in den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ausschüssen, die Arbeitsgemeinschaften, die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Tarifabschlüsse und sonstige wichtige Vorgänge im Verbandsleben eingehend behandelt, ebenso der Massenbericht usw.

Aus diesem heben wir hervor: Der letzte Verbandstag fand im Jahre 1913 in Stuttgart statt. Dort wurde beschlossen, daß der nächste Verbandstag 1916 in Magdeburg zugleich mit dem 25-jährigen Jubiläum des Verbandes stattfinden sollte. Infolge der Kriegereignisse konnte jedoch erst jetzt der Verbandstag einberufen werden. Der Verband hat schwere Zeiten durchgemacht. Die Aussparungen in den Jahren 1906 und 1911/12, sowie die Berufskrise 1909 hatten die Kasse sehr geschwächt. Die „Bunra“-Ausstellung 1914 in Leipzig schenkte das Mittel zu sein, um dem schwergeprüften deutschen graphischen Gewerbe bessere Zeiten zu bringen. Es machten sich schon die ersten Anzeichen einer aufsteigenden Konjunktur bemerkbar. Da brach der Krieg aus, der alles vernichtete. Daß der Verband

heute noch existiert, verdankt er der Solidarität der deutschen Gewerkschaften und der Treue und Opferwilligkeit der überzeugten und arbeitsfreudigen Mitglieder in den Vertrauensinternen.

Am Anfang des Krieges hatte der Verband 14794 Mitglieder. Zum Kriegsdienst eingezogen wurden 12401, von denen sich bis Ende des Jahres 1918 5393 Mitglieder zurückgemeldet hatten, 1438 sind gefallen oder infolge ihrer Verwundung oder ausgezogenen Krankheit gestorben. Außerdem starben von den Taubemangelbliebenen 551 Mitglieder; viele von ihnen durch die schlechten Ernährungsverhältnisse. Am 31. Dezember 1918 zählte der Verband wieder 9582 Gehilfen- und 1029 Zehrlingsmitglieder. Diese Zahlen haben sich bis heute durch die vielen Neueintritte infolge der Tarifabschlüsse in den einzelnen Branchen wesentlich erhöht, so daß gegenwärtig beinahe restlos alle Berufsangehörigen Mitglieder des Verbandes sind, bis auf die Photographen. Wohl ist auch hier seit Beendigung des Krieges ein starker Zutrom erfolgt; da aber in diesem Berufe noch die Kleinbetriebe vorherrschend sind, ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die Massenverhältnisse wurden durch die Einschränkungen und durch den Krieg ungünstig beeinflusst; inzwischen haben sich aber auch diese gebessert und durch die Beschlüsse des Verbandstages werden wieder gesunde Zustände eintreten.

Diese schriftlichen Berichte wurden durch mündliche Ausführungen der Vertreter der einzelnen Körperschaften noch unterstrichen und zum Teil erweitert. Daß vom Verbandsvorstand sichergestellt die Kämpfe, die sich in der Vergangenheit um die richtige Gewerkschaftstheorie und -taktik abgespielt haben und zeigte, daß auch die sogenannte Kriegspolitik der Gewerkschaften sich durchaus im Rahmen der alten grundsätzlichen Gewerkschaftstaktik bewegt hat. Dornick legte als Redakteur der „Graphischen Presse“ seine Anschauungen in längeren Ausführungen dar und wehrte sich energisch gegen die ihm gemachten Vorwürfe. Er zeigte an der Hand eines durchschlagenden Beweismaterials, daß die neue Gewerkschaftsrichtung, sofern sie nicht die Zerstörung der Gewerkschaften anstrebt, nur Verelendung und Zusammenbruch bringen würde.

In der Aussprache über die Geschäftsberichte vertraten die Redner der „Opposition“ die Auffassungen, die auf allen Verbandstagen und auf dem Gewerkschaftskongress vertreten worden sind. Eine im Sinne dieser Rede gehaltene Resolution wurde abgelehnt und daraufhin dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso wurden alle Anträge, die gegen die bisherige redaktionelle Haltung der „Graphischen Presse“ Stellung nahmen, abgelehnt.

Ueber „Unsere Aufgabe in der neuen Zeit“ referierte vom Vorstand Hoff-Berlin. Schon während des Krieges sei der Verbandsvorstand bemüht gewesen, einer künftigen Tarifpolitik die Wege zu ebnen. Die im November 1918 gegründete Zentralarbeitsgemeinschaft habe den Achtstundentag und die Anerkennung der Gewerkschaften gebracht. Der Abschluß der vier Zentraltarife für Lithographen und Steindrucker, Chemigraphen und Kupferdrucker, der Lichtdrucker und der Formstecher Deutschlands bedeuten einen großen Erfolg. Ebenso seien die abgeschlossenen Lokaltarife der Porträt-

photographen auf diesem Neuland ein gutes Stück Arbeit nach vorwärts. Nach der Aussprache wurde eine Entschliekung angenommen, die den Abschluß der Zentraltarife billigt und den Hauptvorstand beauftragt, die abgeschlossenen Zentraltarife zu einem Einheitsstarif zusammenzufassen und außerdem mit dem anzustehenden graphischen Industrieverband auf den Abschluß eines Rahmen-tarifes für das graphische Gewerbe hinzuwirken. Ferner wurde eine Entschliekung angenommen, die den Verbandsvorstand beauftragt, in den Großstädten für Errichtung von Fachschulen für Zehrlinge zu wirken.

Zur „Neuordnung des Statuts“ sprach Lange-Berlin. Er vertrat die vom Hauptvorstand gestellte Vorlage und ging auf die von den Mitgliedern gestellten circa 200 Anträge ein. Eine Statutenberatungskommission sichtigte in 16 stündiger Arbeit alle Anträge, und es wurden darauf vom Verbandstag fast alle Anträge des Vorstandes angenommen. Vom 1. Januar ab beträgt der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder 2,- M., und für weibliche 1 30 M. Die Krankenunterstützung wird auf 9,- Mark pro Woche erhöht und auf die Dauer von acht Wochen bis zu einem Jahr bezahlt. Die Höhe der Streik- und Aussperrunterstützung soll von Fall zu Fall vom Vorstand festgelegt werden. Arbeitslosenunterstützung wird je nach den gezahlten Beiträgen bezahlt pro Woche 18,- M. im Gesamtbetrage von 108,- bis 324,- M. Reiseunterstützung soll in Zukunft pro Kilometer Luftlinie 5 Pf. bezahlt werden statt bisher 3 Pf., desgleichen wurde auch die Unzugsunterstützung erhöht. Ueber die Umwandlung der Invaliden- und Witwenunterstützung hatte der Verbandsvorstand eine 64 seitige Denkschrift herausgegeben. Entsprechend den gemachten Vorschlägen wurde vom Verbandstag die Invalidenunterstützung beschlossen, so daß nach 650 Beiträgen für die ganze Dauer der Invalidität bzw. bis zum Tode 5,- M. wöchentliche Invalidenunterstützung gezahlt wird, nach 1040 Beiträgen 6,- M. und nach 1560 Beiträgen 7,- M. An Stelle der wöchentlichen Witwenunterstützung tritt eine sofort beim Tode des Mitarbeiters zu leistende Witwenunterstützung von 300,- M. bis 700,- M., außer den 100,- M. Sterbegeld. Für Mitgliederfrauen werden 50,- M. Sterbegeld gezahlt. Zur Sicherung der Invalidenunterstützung soll ein Fonds angeammelt und 500 000,- M. mündel-fonds angelegt werden. Die Wochenbeiträge für die Zehrlingsabteilung wurden von 10 Pf. auf 20 Pf. erhöht.

Ueber „Unsere Aufgaben in der neuen Zeit“ referierte Hoff vom Verbandsvorstand. Er schilderte die Wandlungen, die infolge der Revolution auf politischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete eingetreten sind. Diese Wandlungen haben ihren Niederschlag in den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften gefunden, die auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg zur Annahme gelangten. Die Begründung der Revolution und das Bekenntnis zum Sozialismus seien auch bisher schon die Grundlage unserer Tätigkeit gewesen. Diese Meinung ist auch in der allgemeinen Arbeiterschaft vorhanden; denn sonst ließe sich der Zutrom der Arbeitermassen zu den Gewerkschaften

nicht erklären. Er schilderte dann weiter den Kampf um die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeiter zur Durchführung der Betriebsdemokratie. Zur Verstärkung der bisherigen Macht empfahle er den Zusammenbruch im Graphischen Industrieverband und erläuterte die Satzungen des Graphischen Bundes. Dieser Bund ist der erste Schritt zum Zusammenbruch, und wenn auch jetzt in manchen Punkten schon gründlichere Arbeit geleistet werden können, so würde doch eine Ablehnung dieser Vereinbarungen uns erst recht nicht vorwärts bringen.

Er schilderte dann in eingehender Weise die verschiedenen Anschauungen, die über das Rätesystem bestehen und zeigte, wie sich innerhalb der letzten Monate die Anschauungen gewandelt haben. Auch die Gewerkschaften sind für das Rätesystem. Den Betriebsräten wollen sie aber nur wirtschaftliche Funktionen zubilligen, um die Betriebsdemokratie durchzuführen. Diese ist wieder die Voraussetzung zur ersten Vorarbeit für die Sozialisierung der Volkswirtschaft. Der Redner warnte davor, alles nur auf das Rätesystem einzustellen und sich einzubilden, daß alles andere dann von selbst vor sich gehen werde. Die Betriebsräte müssen weitgehende Rechte haben und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften ihre Aufgaben zu erfüllen suchen. Eine Versprengung der Gewerkschaften oder der Versuch des Graphischen Bundes, mit den Betriebsräten eine Betriebsorganisation aufzubauen, führe nicht zum Fortschritt, sondern zum Niedergang. Es sei Aufgabe der Gewerkschaften, die Arbeiter von diesen Trugbildern zu befreien und die Zersplitterung der Kräfte zu verhindern. — Das Korreferat von Albrecht-Berlin unterschied sich sehr unwesentlich von diesen Grundansfassungen. Auch er forderte nur den Umbau der Gewerkschaften zu kampffähigen Industrie-Organisationen. In der Diskussion vertraten auch die als Gäste anwesenden Vertreter der anderen graphischen Verbände ihre Auffassung und betonten ihre Bereitwilligkeit zur Gemeinschaftsarbeit. Auch der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Knoll, beteiligte sich an der Aussprache und legte die Auffassung des Bundesvorstandes dar. Eine von der Opposition eingereichte Resolution erhielt 14 Stimmen. Die Resolution des Verbandsvorstandes wurde mit allen gegen acht Stimmen angenommen. Sie fordert den Zusammenbruch der Gewerkschaften zu Industrieverbänden und erklärt, daß der Verbandstag die Bildung des Graphischen Bundes nur als ersten Schritt dazu billigen kann. Weiter wird gefordert, daß die Betriebsräte weitgehende gesetzliche Rechte zur Durchführung der Betriebsdemokratie erhalten und daß der Verbandsvorstand für die als Betriebs- oder Arbeiter-tätigen Kollegen Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen soll.

Ueber „Die Internationale und unsere Stellung“ referierte vom Vorstand Hähnlein-Berlin. Das internationale Sekretariat, das seinen Sitz in Berlin hat, habe während der ganzen Kriegszeit die Verbindung mit den angeschlossenen Landesorganisationen aufrecht erhalten. Es sei dringend zu wünschen, daß unter im nächsten Jahre stattfindender internationaler Kongress die Erstarkung

Die Zoppe.

(Nachdr. verb.)

Wenn Peter Wulle sich des Morgens von seinem Lager erhoben hatte, das er Bett nannte — es war nur ein buntes Gemengel von Lumpen und Stroffüssen —, wenn er hineingestiegen war in seine Hosen, die aus lauter Nischen zusammengesetzt schienen, dann nahm er kopfschüttelnd die Jacke von der Lehne des dreibeinigen Stuhles und hielt sie prüfend gegen das Licht, das matt und farblos durch das kleine Fenster in seinen Lumpenkeller fiel.

Die Jacke erschien ihm dann wie ein Sieb, dessen Geflecht schabhaft geworden ist: an einigen Stellen hielt das Gewebe noch zusammen, aber diese Stellen waren Inseln in einem lichten Gewir von Nissen, fadenförmigen Komplexen und Wölkern. Ueber den Nissen zog sich ein langer diagonaler Spalt, den Peter Wulle mittelst Fadnadel und Bindfaden wieder zum Zusammenhalt zu bringen versucht hatte. Bei jedem Stich war dann wieder ein neues kleines Loch entstanden — und alle diese Löcher erweiterten sich nun bei jeder nicht ganz vorsichtigen Körperbewegung. Morgen für Morgen nahm Peter die Fadnadel zur Hand, aber er sah die Zeit kommen, wo die Jacke aller Quälerlei mißbe werden und es ihm nicht mehr gelingen würde, sie auf dem Körper festzuhalten.

Kunächst verzagte er noch nicht. Er baute auf seinen Stern, der ihn bisher stets und allen dertartigen Verlegenheiten geführt hatte. Als Sammler von Lumpen, alten Kleidern, Hüten, Stiefeln, Papier, Glascherben, Eisen und dergleichen Dingen

kam Peter Tag für Tag in viele Häuser. Er gab ein paar Pfennig dafür, steckte alles in einen großen Sack und lud diesen auf seinen kleinen Hundewagen, mit dem er straphaus, straphaus zog, verachtet von den honneten Leuten, die ihre Kleider beim Handwerker bestellen und gleich bar mit Goldstücken bezahlen — oder auch nicht. Peter Wulle fand in seinen Einkäufen immer das, was er brauchte und noch viel mehr. Und wenn er so einen Anzug pfundweise berechnete, kostete er ihn mitunter nicht mehr als zwanzig Pfennig. So hoffte er auch jetzt wieder, eine Jacke in seinen Säcken zu finden.

Aber diesmal schien es doch, als sollte seine zuverlässige Erwartung getäuscht werden. Drei Wochen schon, Abend für Abend, unterfuhrte er mit peinlichster Genauigkeit die Einkäufe des Tages. Er förderte fünf Westen in diversen Farben zutage und zog drei Paar gut erhaltene Hosen aus den Säcken, aber es kam weder ein Rock, noch eine Jacke, noch ein Paletot, der das Wams hätte ersetzen können, zum Vorschein.

Peter Wulle fing an, verstimmt zu werden, trotzdem er für gewöhnlich sehr zur Frölichkeit neigte und auf erlosenen Wegen wie eine Vorkantlung, die erhaben ist über allen Schmutz und Blunder dieser Welt. Denn er war unabhängig und hielt die Achtung der honneten Leute nicht für unbedingt erforderlich zu einem stillvergnügten Dasein.

Aber das hinderte nicht, daß Peter Wulle angeblich sehr dringend einer neuen Jacke bedurfte. Und dieses Bedürfnis nahm immer gebietendere Formen an: neuerdings war der rechte

Aermel von oben bis unten geplagt und an dem linken klinkerte sich ein ähnliches Ereignis an.

Eines Tages, als Peter mit seinem Hundewagen von einem Dorfe in die Stadt hereingezogen kam, entdeckte er auf einem frischgepflanzten Ackerbeet, das zu einer nahegelegenen Villa gehörte, eine Vogelschänke. Er hielt sein Gefährt an und betrachtete sie mit Staunen und Bewunderung. Was dort auf einem in die Erde gesteckten Strauch hing, war eine wunderschöne, mit Schnüren bezierete Zoppe.

„n Standal!“ murmelte Peter, „n Standal, das als Fraß für Wind und Wetter hinzuhängen!“ Kopfschüttelnd machte er sich auf den Weg nach Hause.

Aber er konnte die Zoppe nicht vergessen und grübelte unaufhörlich darüber. Während er Kaffee aus seiner alten, pentelosen Tasse trank und ein Stück schwarzes Schmalzbrot dazu laute, überlegte er, ob es wohl möglich sei, sich auf ehrliche Weise in den Besitz des Wamses zu setzen. Er zählte sein Geld und kam zu dem Schluß, daß er höchstensfalls fünfzig Pfennig dafür opfern könnte. Aber vielleicht hatte sie Schaben, die er garhin nicht bemerkt hatte?

Peter Wulle wollte und mußte das erfahren. Darum ging er in der Dämmerung noch einmal hinaus, sah sich vorsichtig nach allen Seiten um, schlich auf den Acker und unterfuhrte die Zoppe.

„n Brauchstück einfach!“ n Brauchstück!“ Nur in der Farbe war sie etwas verschaffen, sonst aber ohne Label.

Peter Wulle ging auf die Straße, überlegte reichlich, sah noch zehnmal zur Zoppe und bezog

des Verhältnissgedankens zum Ausdruck bringt und neue Zukunftsaufgaben leistet. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß in den heftigsten Gebieten die Gewalttätigkeit der Entente, allen voran die Franzosen und Belgier, die Arbeiter an der Ausübung der gewerkschaftlichen Tätigkeit hindern. Der Vertreter von Holland hob die Verdienste der deutschen Kollegen hervor, die auch wieder die führende Rolle einnehmen würden. Eine Entschliessung, die die Freigabe der in Frankreich befindlichen Gefangenen fordert und die internationale Arbeiterkraft zur Unterstützung dieses Befreiungswertes aufruft, wurde einstimmig angenommen.

Unter „Allgemeine Anträge“ wurde beschaffen, einige neue Verbandsbeamten anzustellen, und zwar für den Vorstand, für einige Gaue und einige größere Mitgliedschaften. Die Gehaltsfrage für die Verbandsbeamten wurden neu geregelt. Ferner wurde nach dem Vorschlag des Vorstandes die Gaueinteilung neu geregelt, so daß das Verbandsgebiet in Zukunft in zehn Gaue eingeteilt ist. Der Sitz des Vorstandes und der Redaktion bleibt Berlin, der Zentralausschuss wurde von Dresden nach Hamburg und die Rechtskommission von Leipzig nach München verlegt. — Die Neuwahl der Verbandsbeamten ergab Haß als Vorsitzenden. Dem auscheidenden langjährigen Verbandsvorsitzenden Sillier wurde in Rücksicht auf seine Verdienste eine Pension bewilligt. Zum Hauptkassierer wurde Brall, zu Sekretären Lange und Känlein wieder und Herbst-Weipzig neu gewählt. An Stelle des ausgeschiedenen Redakteurs wurde Moninger-Weipzig gewählt. — Der nächste Verbandstag soll in Nürnberg stattfinden.

Nach beifälliger aufgenommenen Schlussworten des bisherigen Verbandsvorsitzenden Sillier, des Vertreters des schwebischen Bruderverbandes und des Verbandstagsvorsitzenden erreichten die sieben-tägigen angestrengten Verhandlungen ihr Ende.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1918.

III.

Die deutschen Gewerbevereine.

Der Hirsch-Lunderischen Organisationsrichtung gehörten 1918 19 Gewerbevereine an, die zusammen 1720 Ortsvereine haben. Die Zahl der Mitglieder beträgt 113 792, darunter 102 108 männliche und 11 684 weibliche. 1917 betrug die Mitgliederzahl 79 113, es ist demnach eine Vermehrung von 44 679 Mitgliedern = 56,5 Prozent eingetreten. Die Gesamteinnahmen betragen 2 818 635 Mk., sie übersteigen die des Vorjahres um 679 407 Mk.

Auch bei den Gewerbevereinen ist die Ausgabe für Arbeitslosen- und für Krankenunterstützung gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Gegenüber den übrigen Posten bilden die Ausgaben für Kranken- und Sterbefallunterstützung recht erheblich hohe Beträge. Es sind dieses jedoch keine Ausgaben der Gewerbevereine, die auf Grund der Satzungen wie bei den freien Gewerkschaften als Zuschüsse zu den Krankenkassenleistungen gewährt werden, sondern diese Unterstützungen werden

sich dann entschlossen an das eiserne Gittertor der Villa. Aber gerade als er die Klingel ziehen wollte, fiel ihm ein, daß hier ja der pensionierte Oberförster wohne, den ihn einmal mit erhobenem Stöckel und den verächtlichsten Schimpfworten zum Kaufe hinausgejagt hatte.

Peter zog die ausgestreckte Hand zurück und murmelte einen Fluch. Nein, da hinein ging er nicht. Dem hochnastigen Kerl wollte er nicht sein schönes Geld opfern. Außerdem: Wer garantierte ihm diesmal für einen besseren Empfang als damals? Sich schlagen lassen womöglich?

Peter Wulle gab sich einen Ruck und marschierte mit trotzig erhobenem Haupte zurück in die Stadt, in seinen Lumpenteller.

Und wieder begann er zu grübeln. Eine Jacke mußte er haben. Nun ja, mancher hätte die Vogelscheuche einfach ausgezogen, und es am Ende nichts dabei. Denn schließlich kann eine Vogelscheuche eher Wind und Wetter vertragen als ein Mensch. Aber stellen wollte er nicht, hatte es noch nie getan. Trotzdem es gerade diesem verdammten Probian nichts schaden könnte. Nein, wahrhaftig nicht! Peter Wulle wühlte sich immer mehr in seiner Kutte hinein. Und dann lachte er plötzlich laut auf, weil er an das witzige Gesicht dachte, das der Oberförster machen würde, wenn er statt seiner schönen Foppe Peter Wulles zerlumpte Jacke entdecken würde.

Peter blies die Lampe aus und stieg auf die Straße. Dann schlich er sich im Dunkel der Häuserreihen entlang bis hinaus vor das Tor, verschleierte sich, daß ihn niemand sah, ging geduckt auf das

gezahlt von den Gewerkschaften, für die besondere Beiträge erhoben werden. Zieht man von diesen Ausgaben ab, so reduzieren sich die eigentlichen Gewerkschaftsausgaben auf 1 156 092 Mk. Die Verringeringkeit dieser Ausgabe in Verbindung mit dem verhältnismäßig kleinen Mitgliederbestand beweist, daß die Organisationsrichtung der Hirsch-Lunderischen Gewerbevereine im Gewerkschaftsleben keine erhebliche Bedeutung hat.

Die christlichen Gewerkschaften.

Eschon die christliche Organisationsrichtung nicht auf das Alter der Hirsch-Lunderischen Gewerbevereine zurückblicken kann, hat sie dieselben doch an Bedeutung überholt. Es waren dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften 1918 24 Berufsorganisationen angeschlossen, die zusammen 1950 Ortsgruppen besaßen. Im Jahresdurchschnitt hatten die Gewerkschaften 1918 zusammen 404 682 Mitglieder, darunter 72 049 weibliche. 1917 betrug der Mitgliederbestand 213 865, es ist demnach eine Vermehrung von 180 817 Mitgliedern gleich 85,9 Prozent zu verzeichnen. Mit diesem Prozentsatz haben die christlichen Gewerkschaften den verhältnismäßig stärksten Zuwachs erhalten. Die Zunahme an Mitgliedern erscheint jedoch in einem anderen Lichte, wenn bei einem Vergleich die Endzahlen der beiden in Betracht kommenden Jahre herangezogen werden. Es betrug die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1918 538 559 gegen 293 187 am Ende 1917. Gemessen an diesen Zahlen beträgt der prozentuale Zuwachs 83,7 Prozent, während er bei anderen Zentralverbänden 126 Prozent ausmacht.

Die Gesamteinnahme der christlichen Gewerkschaften betrug 1918 8 725 078 Mk. (1917: 4 720 202). Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 6 284 432 Mk. (3 611 375) und der Vermögensbestand macht zusammen 12 444 942 Mk. (9 902 536) aus. Die Einnahmen überstiegen die Ausgaben um 2 440 646 Mk. Gegen das Vorjahr ist eine Mehreinnahme von 4 004 876 Mk., eine Mehrausgabe von 2 673 057 Mk. und eine Vermehrung des Vermögens um 2 542 406 Mk. eingetreten.

Von den unabhängigen Vereinen

liegen Angaben für das Jahr 1918 nicht vor. Die jüngsten statistischen Feststellungen über diese Organisationen, die das Statistische Reichsamt in dem 19. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte, beziehen sich auf die Jahre 1916 und 1917. Wegen der äußerst schwachen Beteiligung dieser Vereine an der Statistik ist diese so unvollständig, daß sie keine richtige Beurteilung des Standes dieser Vereine zuläßt. Die Darstellung stützt sich nur auf das statistische Material, das von 13 Vereinigungen geliefert wurde. Von 16 Organisationen, darunter auch der polnischen Berufsvereinigung, waren Angaben nicht zu erhalten. Die an der Statistik beteiligten 13 Vereine hatten 1917 zusammen 44 658 Mitglieder, gegen 136 122 im Jahre 1916. Unter den Mitgliedern befinden sich 1940 weibliche. Die Einnahmen betragen 1917 674 799 Mk., die Ausgaben 673 565 Mk. und die Vermögensbestände zusammen 2 395 827 Mk.

Eine große Bedeutung auf gewerkschaftlichem Gebiete kam diesen Vereinsgebilden bisher nicht

zu. Bei vertriebenen von ihnen war der gewerkschaftliche Charakter sehr zweifelhaft. Einige Vereinigungen, die zu den unabhängigen Vereinen zählten gehören jetzt dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an. Die polnische Berufsvereinigung dürfte endgültig aus dem Kreis der deutschen Gewerkschaften ausgeschieden sein.

Die Zentralverbände haben sich in ihrer Entwicklung als die fruchtvollsten Interessenvertretungen der Arbeiterchaft erwiesen. Und weit darüber hinaus können sie auch als machtvolle Förderer der wahren Kultur angesehen werden. In harten Kämpfen und mit zäher Ausdauer stritten sie für die Gleichberechtigung der Arbeiter als Menschen dem Unternehmertum gegenüber; hoben die Lebenslage der Arbeiterchaft durch Ermäßigung besserer Lohnbedingungen und Verkürzung der Arbeitszeit. Sie förderten die sozialen Einrichtungen und boten ihren Mitgliedern einen Schutz in den Nöten des Lebens.

An die Arbeiterchaft aller Länder.

Ein Appell an das Kulturgewissen der ganzen Welt.

Seit einem Jahre ist der Krieg zu Ende. Am 18. November 1918 hat Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben und am 28. Juni 1919 den Friedensvertrag anerkannt.

Ein Jahr ist verfloßen, seit der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland aufgehört hat, und noch immer schmachten über 400 000 Deutscher in französischer Kriegsgefangenschaft, zum allergrößten Teile deutsche Arbeiter, deutsche Prolletarier.

Als am 9. November 1918 in Deutschland das alte Regime zusammengebrochen war und eine aus Erwählten des arbeitenden deutschen Volkes bestehende Regierung an seine Stelle trat, war es eine ihrer ersten Taten, daß sie — noch vor der Unterschrift des Waffenstillstandsvertrages — die in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen, soweit sie sich nicht in Konzentrationslagern befanden, der deutschen Bevölkerung gleichstellte. Und als der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet war, hat Deutschland trotz ungeheurer Transporthürden keine Pflicht zur Ablieferung der in seinen Händen befindlichen Kriegsgefangenen in kürzester Zeit restlos erfüllt.

Die deutschen Gewerkschaften haben auch vom ersten Tage an gegen die Deportation der belgischen Bevölkerung Protest erhoben. Und wenn sie die Deportation unter den damaligen Verhältnissen auch nicht haben verhindern können, so haben doch viele Hunderte von nach Deutschland geschleppten belgischen Arbeitern auf die Verwendung der deutschen Gewerkschaften hin in ihr Vaterland zurückkehren können. Die deutschen Gewerkschaften haben weiter ihren Einfluß dahin geltend gemacht, das Los der in Deutschland zwangsweise verbliebenen Belgier nach Möglichkeit zu erleichtern und sie haben das nicht ohne Erfolg getan.

Trotzdem schmachten noch immer unsere Söhne und Brüder in französischer Kriegsgefangenschaft; noch immer ist der Zeitpunkt ihrer Rückkehr nicht festgesetzt — trotzdem Deutschland sich erbötig gemacht hat, mit eigenen Mitteln — wie es verpflichtet ist — und eigenen Arbeitern am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich mitzuarbeiten. Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, daß die jetzt in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen nur dann erlöst werden können, wenn Deutschland — andere Gefangene dafür zur Verfügung stellt! Denn auf eine Eingabe der „Union Nationale“ der Architekten und Unternehmer Frankreichs hat der Minister der belgischen Landessteuern erklärt, daß deutsche Architekten und Unternehmer nicht nach Frankreich herein gelassen würden. Die französischen Unternehmer haben weiter verlangt, daß ihnen deutsche Arbeiter zur Verfügung gestellt werden sollen. Die deutsche Kommission hat das — mit Recht — abgelehnt. — In Frankreich scheint aber offenbar die Meinung vorherrschend zu sein, daß im Gegensatz zu den klaren, rechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrages Frankreich — als Sieger — nur zu befehlen und das besiegte Deutschland zu gezwungen hat — ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit.

Es gewinnt fast den Anschein, als wolle die französische Regierung durch ganz besonders raffinierte Maßnahmen den völligen physischen und psychischen Zusammenbruch des deutschen Volkes herbeiführen. Denn darauf kommt die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen hinaus. Es kann den Leitern des französischen Staatswesens doch nicht verborgen sein, welche heftigsten verhängnisvollen Wirkungen die Zurückhaltung der

Ackerbeet, holte die Foppe herunter und hing seine Jacke dafür auf den Strauch.

Gleich darauf war er wieder auf dem Rückweg und hatte das neue Kleidungsstück auf dem Körper. Ihm wurde warm und behaglich zu Mute und leise vor sich hinfingend ging er nach Hause.

*

Neht Tage später nahm ihn die Polizei auf der Straße fest. Der Oberförster hatte Anzeige erstattet und ein genaues Signalement der Vogelscheuche gegeben. Man befürchtete Peter Wulle mit ein paar gelegentlichen Wendestößen auf die Wache, zog ihm die Foppe aus, verhörte ihn, der nicht leugnete, und entließ ihn mit einem gepfefferten Hinweis auf die gerichtliche Aburteilung.

Nun stand Peter Wulle bleich und verwirrt auf dem Marktplatz. Ohne Jacke, mit zerrissener Weste und der bunten gestickten Hose. Er stand da, drehte noch den zerbeulten Hut in den Händen und suchte das Geschehene zu fassen.

Es aelang ihm nicht. Peter bekam vierzehn Tage Gefängnis, weil, wie im Urteil ausgeführt wurde, „dieser Diebstahl von einem besonderen Raffinement zeugte“.

Die Leute, die Peter Wulle früher kannten, sagen nun, seit jener Zeit habe er ganz andere Augen als früher: sie seien böse und drohend geworden. Deshalb verhielten ihm immer mehr Menschen die Tür. Sein Geschäft ernährt ihn nicht mehr, und nun stiehlt Peter Wulle wie ein Rabe.

deutschen Kriegsgefangenen sowohl auf diese als auch auf deren Angehörigen in Deutschland und letzten Endes auf das ganze deutsche Volk auszuwirken muß.

Wir appellieren an das Kulturgewissen der ganzen Welt, mit uns seine Stimme zu erheben gegen die klar zutage liegende barbarische Absicht, ein ganzes Volk auf „friedlichem“ Wege anzurollen und zerstören zu wollen!

Wir fordern die Heimicndung unserer noch immer in französischer Gefangenschaft schmachtenden Söhne! Wir wenden uns insbesondere auch noch an die französischen Arbeiter und die französischen Gewerkschaften.

Wir weisen darauf hin, daß sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereits am 30. September d. J. an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit der Bitte gewandt hat, zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen bei der französischen Regierung vorstellig zu werden und daß der Internationale Gewerkschaftsbund tatsächlich eine in diesem Sinne gehaltene Eingabe am 7. Oktober an den Präsidenten Clemenceau gerichtet hat. Darauf ist bis heute eine Antwort nicht eingegangen. Statt dessen aber hat Herr Clemenceau die bekannte Rede gehalten, wonach Deutschland die Pflicht auferlegt werden soll, an Stelle der Kriegsgefangenen den französischen Unternehmern 900 000 deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen — d. h. also: Deutschland erhält seine Kriegsgefangenen nur zurück, wenn es an deren Stelle andere Gefangene nach Frankreich entsendet!

Angeichts dieser Tatsachen fragen wir die französischen Arbeiter und insbesondere die französischen Gewerkschaften:

Seht Ihr denn nicht, wie das französische Unternehmertum in trauriger Gemeinamkeit mit Eurer Regierung die deutschen Kriegsgefangenen, Eure Klassengenossen, zurückhält, nur zu dem Zweck, um sich aus der Sklavenarbeit der Kriegsgefangenen die Taten zu füllen?

Seht Ihr nicht, wie die deutschen Kriegsgefangenen zugleich auch dazu mißbraucht werden, um Eure eigenen berechtigten Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegsgefangenen, gebraucht werden, um sie gegen Euch auszunutzen zu können, wenn Ihr es wagen wolltet, einen gerechteren Anteil am Ertrage Eurer Arbeit zu fordern!

Wenn Ihr das einseht — und Ihr müßt ja erkennen, daß es so ist, — dann richten wir an Euch, französische Arbeiter und Klassengenossen, die ganz besondere Aufforderung, uns in unserm Kampfe um die Befreiung unserer gefangenen Brüder wirksam zu unterstützen.

Wenn Ihr das nicht tun wollt, dann fällt auf Euch die Verantwortung dafür, daß in der Weltgeschichte das französische Volk den Namen und Ruf einer Kulturnation für immer verliert!

Wir appellieren aber auch an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt, mit den deutschen Arbeitern gemeinsam ihre Stimmen zu erheben zum Protest gegen die ungeheure Vergeßlichkeit des deutschen Volkes und die rohe Barbarei der französischen Machthaber.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.
C. Regien.

Teuerungszulagen- und Ferienbewegung.

Halle a. S.

Nachdem im Frühjahr die allgemeine Teuerungszulage für männliches Hilfspersonal mit 8.— Mk. für weibliches Hilfspersonal mit 6.— Mk. erfolgt war, reichte die Halle'sche Kollegenschaft Anfang Mai neue Forderungen ein. Folgende Sätze wurden verlangt: für männliches Personal über 24 Jahre 76,80 Mk., unter 24 Jahren 67,20 Mk.; für weibliches Personal über 24 Jahre 48.— Mk., unter 24 Jahren 38,40 Mk. Die bisherigen Löhne waren für männliches Personal 30.— bis 48.— Mk., für weibliches Personal 12.— bis 33,50 Mk. Am 13. Mai wurden obengenannte Forderungen eingereicht, am 23. Mai sollten die Verhandlungen stattfinden, wurden aber in letzter Stunde abgesetzt, da der Vorsitzende der Prinzipale angeblich verreist sei. Die Verhandlungen fanden nunmehr am 27. Mai statt. Gauleiter Kollege Behrendt begründete unsere Forderungen. Den Prinzipalen waren die Forderungen zu hoch. Sie

schlugen vor, auf die bestehenden Löhne für männliches Personal 20, resp. 18.— Mk. für weibliches Personal 7, resp. 5.— Mk. zu zahlen. Außerdem machten sie noch den Vorschlag, den verarbeiteten Kollegen event. mehr zu zahlen als den Lebigen. Dies wurde aber von der Kommission sowohl wie von der Mitgliederversammlung einstimmig abgelehnt.

Nach längeren Verhandlungen kamen dann Mitte Juni folgende Sätze zur Annahme: Es erhielten männliches Personal über 24 Jahre 20.— Mk., unter 24 Jahren 18.— Mk., weibliches Personal über 24 Jahre 12.— Mk., unter 24 Jahren 7.— Mk., Lernende im ersten Vierteljahr 3,75 Mk., im zweiten Vierteljahr 4.— Mk., im dritten Vierteljahr 4,75 Mk., im vierten Vierteljahr 5,50 Mk. Zulage pro Woche. Ueberstunden wurden mit 33 1/3 Prozent bezahlt. Für Sonn- und Feiertagsarbeit blieben die bisherigen Sätze bestehen. Ferien erhielten alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bis 30. Juni zwei Jahre im Geschäft tätig waren, drei Tage, nach dreijähriger Tätigkeit vier Tage, nach vierjähriger Tätigkeit fünf Tage, nach fünfjähriger Tätigkeit sechs Tage unter Fortzahlung des Lohnes. Bestehende günstigere Verhältnisse blieben bestehen.

Die Halle'sche Kollegenschaft stellte im September neue Forderungen, und zwar: für männliches Personal 12.— Mk., für weibliches Personal 10.— Mk. Zulage auf die bestehenden Löhne, zahlbar ab 1. Oktober. Die Prinzipale wollten für männliches Personal 7.— resp. 6.— Mk., für weibliches Personal 5.— resp. 4.— Mk. zahlen. Die Vorschläge der Prinzipalität wurden unseren Kollegen unterbreitet, aber abgelehnt. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen kam es zu folgender Vereinbarung: männliches Personal über 24 Jahre erhält 10.— Mk., unter 24 Jahren 8.— Mk., weibliches Personal über 24 Jahre erhält 8.— Mk., unter 24 Jahren 6.— Mk., Lernende erhalten 3.— Mk.

Die Kollegenschaft erklärte sich bereit, diese Sätze anzunehmen, aber nur unter der Bedingung, daß den Kolleginnen unter 24 Jahren auch 8.— Mk. gezahlt werden. Dies lehnten die Prinzipale ab, weshalb die gesamte Kollegenschaft der Buchdruckereien und Zeitungen am 21. Oktober in den Streik trat. Nach dreistündigem Streik erklärten sich die Prinzipale zu Verhandlungen bereit, die zu dem Resultat führten, daß auch die jüngeren Kolleginnen ihre 8.— Mk. Zulage erhielten. Wer bis mittags 1 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen hatte, bekam den Streiktag voll bezahlt. Angegebene Sätze traten mit dem 1. Oktober in Kraft.

Folgende Sätze gelten nunmehr in Halle a. S. als Minimallohne: männliches Hilfspersonal über 24 Jahre 82.— Mk., unter 24 Jahren 76.— Mk., weibliches Hilfspersonal über 18 Jahre 51.— Mk., unter 18 Jahren 46.— Mk. Ein schöner Erfolg der Solidarität.

Duisburg.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß mit der Firma Steinkamp und dem hiesigen „Generalanzeiger“ hatten keinen Erfolg. Bewilligt wurde nichts. Die Kollegenschaft der Firma Steinkamp hatte in einer Betriebsversammlung die Forderung gestellt: Beseitigung der Stundenlohnzahlung, Einführung der Wochenlöhne, eine Teuerungszulage von 5.—, 10.— und 15.— Mk. Herr Steinkamp stützte sich auf seine kürzlich eingeführte Wfortlohnzahlung und bemerkte, seine Arbeiterinnen seien sehr zufrieden. Er sei Silber-

buchfabrikant und hätte mit unserm Verband gar nichts zu tun, man sollte ihm die Arbeiterinnen nennen, die nur, wie angegeben, 50 Pf. Stundenlohn hätten. Zwei Tage später brachte ihm sein Arbeiterausschuß den Beweis, daß 50 Pf. gezahlt worden waren. Lohnbifferenzen von 24.— Mk. wurden in einer Versammlung festgelegt. Herr Steinkamp bezweckt mit seinem Wfortsystem, Uneinigkeit zwischen der Kollegenschaft zu säen und die bei ihm Beschäftigten zum Austritt aus dem Verband zu bewegen. Bei der Kollegin Blath ist ihm dies auch gelungen. Der Einwand des Unternehmers, er habe als Silberbuchfabrikant mit uns nichts zu tun, soll ihm dazu dienen, sich um unsere Forderungen herumzudrücken, aber werden denn Rezepte mit verschiedenen andere Druckfachen für die Stadtverwaltung auch als Silberbücher hergestellt?

Herr Geschäftsführer Kasper vom „Generalanzeiger“ erklärte in der fraglichen Verhandlung: Seine Arbeiterkraft sei vollkommen zufrieden, nur der Leiter des Verbandes am hiesigen Orte sei der Heber. Zugeständnisse wurden auch hier nicht gemacht. Verlangt wurden 5.— und 10.— Mk. Teuerungszulage. Tags darauf wurde dann vom gesamten Hilfspersonal die Arbeit eingestellt. Nach eintägigem Streik wurden Zusicherungen gegeben und die Arbeit wieder aufgenommen. In der Verhandlung erklärte Herr Lange (Inhaber des „Generalanzeiger“), daß sehr viel Explosivstoff gegen den Verbandsleiter am Orte angeammelt sei und der Gauleiter von Köln unbedingt einmal kommen müsse. (Es muß doch sehr schlimm sein.) Der Streik wurde als friebel bezeichnet. Bewilligt wurde für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen alles.

Will die Organisation ihre Position am Orte behaupten, müssen die Mitglieder sich rege an den Arbeiten der Verwaltung beteiligen und ihre Funktionäre tatkräftig unterstützen. Die Kollegenschaft der Firma Steinkamp aber soll bedenken, daß sie ihrem Unternehmer durch den Austritt aus dem Verbande die größte Weibnachtsfreude bereiten wird, sich selbst jedoch den empfindlichsten Schaden. Nur durch Einigkeit und Geschlossenheit aller Kolleginnen und Kollegen kann ein Unternehmer zur Anerkennung berechtigter Forderungen gezwungen werden. Durch Liebelitenei verschaffen sich wohl manchmal einige einen kleinen Vorteil, aber nur auf Kosten ihrer Mitarbeiter.

Abrechnungen.

Abrechnungen des dritten Quartals gingen noch ein:

Gau 1: Bochum 651,05, Bonn 426,79, Duisburg 1014,60, Düren 561,30, Düsseldorf 2812,26, Dortmund 665,15, Elberfeld 2540,97, Essen 726,80, Gelsenkirchen 427,38, Krefeld 190,40, Köln 1117,75, Lünen/Scheid 148,30, Mülheim (Ruhr) 346,85, Neuwied 185,86, Solingen 454,65 Mk.

Gau 5: Glauchau 100,70 Mk.

Gau 6: Berlin 74580.— Mk.

Gau 9: Bielefeld 3244,13, Braunschweig 1007,06, Detmold 536,87, Goslar 192,53, Hagen 196,27, Hannover 4102,71, Herford 1427,52, Hildesheim 367,04, Hörter 304,13, Minden 492,67, Münster 61,71, Norden 47,60, Osnabrück 313,48 Mk.

S. Lobach.

Die nächste Nummer der „Solidarität“ erscheint am 20. Dezember 1919. — Redaktionsjahr am 15. Dezember 1919.

Bahnhalle Berlin.

Die Mitgliederversammlung vom 7. Dezember 1919 beschloß, eine Extra-Unterstützung zu Weihnachten an unsere männlichen und weiblichen Arbeitslosen zu bringen.

Die große Teuerung und die Not dieses Winters gebietet es, diese Unterstützung möglichst hoch zu bemessen.

Die Mitgliederversammlung beschloß darum, in der 50. oder 51. Woche einen Extrabeitrag von 1 Mark zu erheben.

Wir erwarten weiter, daß die Mitglieder auch über den Satz von 1 Mark hinaus, soweit es in Ihren Kräften steht, eine weitere Extrateuer für diesen Zweck leisten.

Die Beiträge werden durch Extramarken erhoben, dieselben sind im Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.